

Der Oeconomist.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung.

Wien, 4. Dezember.

In der Nationalversammlung sprach heute Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Zerbiz über die Kohlenversorgung Deutschösterreichs und Wiens. Obwohl schon bisher bekannt war, welche ungewöhnlichen Schwierigkeiten die Verhandlungen wegen Beschaffung der allerdringendsten Kohlenmengen namentlich mit der czecho-slowakischen Regierung begegneten, hat die Darstellung des Staatssekretärs einen erschöpfenden Einblick in den Leidensweg geboten, den Deutschösterreich jetzt mitmacht. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs waren die Verhandlungen auf czecho-slowakischer Seite durch ein Doppelspiel der höheren und untergeordneten Staatsorgane und durch eine passive Resistenz gekennzeichnet. Die obersten Vertreter des Staates sagten Lieferungen zu, die unterstehenden verhinderten sie. Durch die teilweise Besetzung des Braunkohlenreviers hat Deutschösterreich die letzte Zuflucht für seine Kohlenversorgung verloren. Die Blockade Deutschösterreichs durch die Czechen ist, wie der Staatssekretär sagte, bei weitem ärger als jene der Entente gegen die Mittelmächte.

Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Ingenieur Zerbiz führt folgendes aus: Der Kohlenbedarf Deutschösterreichs wurde mit 1.150.000 Tonnen monatlich ermittelt. Zur Bedeckung dieses Erfordernisses stand unmittelbar und ungestört lediglich die innerösterreichische Produktion von 155.437 Tonnen Kohle zur Verfügung, so daß sich eine Spannung von monatlich einer Million Tonnen ergab. Es mußten daher zur Sicherstellung der Zufuhr der unbedeckten Menge von 1.000.000 Tonnen monatlich die Verhandlungen in der Richtung der Erzielung einer Einfuhr aus dem Deutschen Reich, einer Zufuhr aus dem in polnischen und czechischen Händen befindlichen Ostaustralruiner Gruben und endlich der freien Durchfuhr der Kohle aus Deutschland, Deutschböhmen und dem polnischen Teil des Ostauer Reviers durch das czecho-slowakische Gebiet geführt werden. In den Berliner Verhandlungen wegen Lieferung von Westfälischer Kohle nach Wien stand der deutsche Reichskohlenkommissar noch auf dem Standpunkte des zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Abkommens auf Lieferung von monatlich 126.000 Tonnen aus Westfalen. Nach den Essener und Berliner Abmachungen sollte Wien sofort mit 20.000 Tonnen Westfälischer Kohle beliefert werden, erhielt aber faktisch bis heute, also nach mehr als Monatsfrist, nur geringe Mengen, teils deshalb, weil das Saargebiet nach dem Waffenstillstandsvertrag nicht zur Verfügung stand, teils wegen der durch den Umsturz in Deutschland hervorgerufenen Verkehrsstörungen in Bayern. Mittlerweile wurde der bis zum Zusammenbruche der Monarchie im Ministerium für öffentliche Arbeiten bedienstete Ministerialrat Dr. Oberthor als Leiter des czechischen Kohlenamtes nach Prag berufen, mit dem sofort Verhandlungen eingeleitet wurden. Mit Dr. Oberthor wurde auch die sofortige Abfertigung von täglich vier geschlossenen Kohlenzügen aus dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier nach Wien ab Freitag den 8. November vereinbart. Diese 2500 Tonnen Braunkohle sollten der Versorgung der äußeren Bezirke Wiens mit Hausbrandkohle dienen. Dr. Oberthor behielt sich die Ratifizierung dieses Abkommens durch den Karobni Lybor vor, und als die Zusage ausblieb und auch eine Nachfrage beim czecho-slowakischen Gesandten Tuzar ohne Erfolg war, wurden Oberbergerrat Dr. Klob und ein Vertreter der Gemeinde Wien nach Prag entsendet. Man möge es dem Staatssekretär erlassen, eine genaue Detailschilderung darüber zu geben, wie die Abgesandten des Staatsamtes und der Gemeinde Wien in Prag behandelt wurden. Für die Abgesandten war eine große Ueberwindung notwendig. Erst als angekündigt wurde, daß der Leidensweg, den die Abgesandten Wiens durchmachten, der Öffentlichkeit übergeben werden müsse, fand sich der Leiter des czechischen Kohlenamtes endlich bereit, Abmachungen zu treffen. Die bei diesen Verhandlungen gemachten Erfahrungen bewogen unsere Vertreter zur Fahrt zum Kohlenversorgungsinspektor nach Auffsig, um die Verteilung der Lieferungen auf die drei Liefergruppen sicherzustellen. Nun ersuchte Dr. Klob um möglichst rasche Abfertigung der vier Kohlenzüge. Es gelang nach langen Verhandlungen durchzusetzen, daß ein Zug über Gmünd und ein Zug über die Nordwestbahnstrecke zugestanden wurde. Die restlichen beiden Züge sollten über Bayern geleitet werden. Auch diese Ueberleitung blieb erfolglos, weil mittlerweile infolge des Umsturzes in Deutschland diese Kohlenzüge seitens des Arbeiter- und Soldatenrates in München der Beschlagnahme verfielen. Das Staatsamt für Verkehrswesen hat sich nun in anerkennenswerter Weise der Sache angenommen und fünfzehn Lokomotiven der Prager Direktion zur Verfügung gestellt. So haben wir wohl die Anlieferung dieser vier Züge auf direktem Wege zu gewärtigen, erhalten aber, obwohl die Züge bezettelt werden, damit nicht untergeordnete Organe die Beschlagnahme vornehmen, die Kohlen nie zur Gänze, sondern es kamen täglich statt 2500 Tonnen nur 1000 Tonnen an, während der restliche Teil auf dem Wege verloren ging. (Hört! Hört!) Wiederholte Interventionen bei den maßgebenden czechischen Faktoren wegen Abstellung dieses Zustandes haben keinen Erfolg gezeitigt.

Der Staatssekretär gibt sodann eine Darstellung der Verhandlungen des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten und des Staatsrates Dr. v. Langenhans mit dem deutschen Reichskohlenkommissar wegen verstärkter Anlieferung von deutscher Kohle. Der letztere teilte den deutschösterreichischen Unterhändlern mit, er könne infolge des Sinkens der Wagengestellung in Oberschlesien von 12.000 auf 3500 Wagen Kohle nach Deutschösterreich nur liefern, wenn die Durchfuhr durch czecho-slowakisches Gebiet unter allen Umständen gesichert sei und die größere Zahl der im alten Oesterreich vorhandenen deutschen Kohlenwagen zurückgestellt werde. Aus Oberschlesien wurde darauf mitgeteilt, daß vorläufig 2300 Tonnen täglich für Deutschösterreich zur Verladung gelangen. In Wien kam aber so gut wie nichts an (Hört! Hört!) und erst durch die von unserem jetzigen Kohlengeandten in Berlin gepflogenen Erhebungen wurde festgestellt, daß faktisch im ganzen nur circa 4000 Tonnen zur Anlieferung kamen. Diese geringfügige Belieferung war auf den mittlerweile in Oberschlesien ausgebrochenen Streik und auf die sonstigen politischen Unruhen zurückzuführen. Vom 1. bis 29. November wurden in Oberschlesien für Deutschösterreich 3740 Tonnen verladen, die wir auch nicht erhalten haben. In derselben Zeit sind nach Deutschböhmen 1131 Tonnen, nach Galizien 4070 Tonnen, nach Ungarn 19.600 Tonnen geliefert worden. (Hört! Hört!) Begründet wurde diese starke Belieferung Ungarns damit, daß die Kohle der Rückbeförderung der Mackensen-Armee diene; die Belieferung Galiziens sei lediglich deshalb erfolgt, um die Durchfuhr der für diesen Rücktransport bestimmten Kohle zu gestatten. Bei den neuerlich in Prag eingeleiteten Besprechungen wurde eine neuerliche Zusage des Ministers Stanek gegeben, die bisher abgelehnten Verhandlungen wegen der Belieferung Deutschösterreichs aufzunehmen; als Verhandlungstag wurde der gestrige Tag in Aussicht genommen. Der Bedarf Wiens und hinsichtlich Brücker Kohle mit 71.844 Tonnen festgestellt. Die Czechen legten Wert darauf, daß sie allein diese Quantum liefern, und erklärten sich bereit, die nötigen Verhandlungen mit den Polen zu führen. Der Auftrag hierzu ist an den czechischen Kohlenversorgungsinspektor erst am 28. v. M. eingetroffen, und zwar in einer Form, die die Belieferung unmöglich macht. Man hat nämlich den czechischen Kohleninspektor angewiesen, das gesamte Quantum aus dem polnischen Teile des Reviers auszuliefern, ein Verlangen, das technisch unausführbar ist. Auch aus einer anderen Tatsache geht noch hervor, daß die Czechen hinsichtlich der Belieferung von Deutschösterreich mit Kohle nur mit passiver Resistenz arbeiten.